



**DAS GRÜNE HEFT**

**ZUM BRAUNEN SUMPF**

**... MIT BÜRGERLICHEM ANSTRICH**



Liebe Freundinnen und Freunde,



mit dem Einzug der AfD in den Bundestag bekommt der Name des Gebäudes, in dem unser Parlament tagt, wieder einen schalen Beigeschmack. Doch die AfD ist nur die Spitze jenes rechtsdrehenden Eisbergs, der sich bildet aus Neofaschist\*innen, Identitären, Reichsbürger\*innen sowie rechtsextremen Nostalgiker\*innen und rechtsextremen „Anti-Modernist\*innen“.

Es wird jetzt immer wieder betont, dass viele die AfD gewählt hätten, obwohl sie sich nicht mit deren Inhalten identifizieren würden. Es gelte, die Nöte und Ängste dieser Leute zu verstehen und sie abzuholen – wo auch immer das sein mag! Dazu Folgendes:

- 1 Es hat nicht des Wahlerfolgs der AfD bedurft, um uns sensibel für die sozialen Probleme und Schiefen unserer Gesellschaft zu machen, und um zu begreifen, dass dadurch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet ist.
  - 2 Wer AfD gewählt hat, der wusste, wofür er sich da entscheidet. Höckes gezielte Entgleisung zum „Gedenkkult“ und Gaulands Provokation von den „Verdiensten der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg“ hallten jedem und jeder noch bis in die Wahlkabine nach, wie auch immer dann gewählt wurde.
  - 3 Das Wahlergebnis ist letztlich nur ehrlich und macht nun auch in Zahlen deutlich, was immer schon erahnt und von manchen Studien bestätigt wurde: Ein gewisser, konstanter Teil unserer Gesellschaft sympathisiert mit rechter Denke!
- Sicher müssen wir nach wie vor – oder dringender denn je – Strategien entwickeln und konsequent verfolgen, die verhindern, dass rechtes Gedankengut weiter in die Gesellschaft hineinwuchert.

Jetzt aber bitte auch nicht allzu viel Betulichkeit und Nachsicht! Denjenigen, die für sich (feixend) reklamieren, „man wird doch mal sagen dürfen!“, dürfen wir nicht auch noch ihr „Man-wird-doch-mal-wählen-dürfen!“ durchgehen lassen. Welche Sorgen, Ängste, Erfahrungen jede\*n Einzelne\*n auch immer plagen mögen – unser Anspruch muss es sein, dass dies nicht zu einem Kreuz hinein ins rechtsextreme Lager führen darf.

Und so muss sich jeder Einzelne seiner Verantwortung bewusst sein und sich die Frage nach der Wahrnehmung seiner demokratischen Verantwortung gefallen lassen. Es darf da nicht wohlfeil auf Verständnis gehofft werden; und erst recht nicht darf ein solches Verständnis in Aussicht gestellt werden. Genauso wenig, wie im parlamentarischen Alltag mit Blick auf die neuen „Mitspieler“ nun auch nur der Hauch von Normalität entstehen darf. Rechte Denke hat hier nichts verloren!

So bekommt die viel beschworene „rechte Flanke“ tatsächlich einmal einen wirklichen Sinn. Zu verbinden wäre sie mit dem Bild der „roten Linie“, die es hier klar zu ziehen gilt. Diese rote Linie darf nicht perforiert werden mit der Absicht, irgendwen irgendwoher zurückzuholen, wenn das gleichzeitig bedeutet, dass damit auch nur ein wenig der rechten Denke ins politische Denken und Handeln hinüber tröpfelt. Jede\*r muss sich die Frage beantworten, auf welcher Seite der Linie er/sie steht.

Denn auch in diesen stimmungsvollen Tagen gilt für uns nach wie vor: Der Feind steht rechts. Frohes Fest!

Euer

Remo Licandro ist Sprecher  
des Kreisverbands Dortmund.

# Inhalt

	<b>SEITE</b>
<b>VORWORT</b> Remo Licandro	2
<b>RAUS AUS DER SCHOCKSTARRE</b> Madeleine Henfling, Abgeordnete der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Thüringen	4
Der rechte Rand im Rat der Stadt: <b>UNERTRÄGLICHE HETZE</b>	6
Die Anleitung zum Glücklichein: <b>ICH BIN GRÜN &amp; DIE WELT SOLL GRÜNER WERDEN!</b>	8
Strategien von Verena Schäffer <b>WIE WIR MIT DER AFD IM LANDTAG NRW UMGEHEN</b>	10
<b>ZUKUNFT IST, WAS WIR DRAUS MACHEN!</b> Ein Bericht von der Bundesdelegiertenkonferenz am 25. November 2017 in Berlin	12
<b>DANK AN ALLE WAHLHELPER*INNEN</b>	13
<b>ORGANISIERTE VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT</b> Der Brief aus Berlin – von Markus Kurth, MdB	14
GRÜNE Gesichter: <b>MICHAEL RÖLS</b>	15
<b>KONTAKT, TERMINE &amp; IMPRESSUM</b>	16



Links im Bild: Madeleine Henfling

# RAUS AUS DER SCHOCKSTARRE

## AKTIV FÜR EINE SOLIDARISCHE, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE GESELLSCHAFT KÄMPFEN

**Die Alternative für Deutschland (AfD) sitzt nun in fast allen Landesparlamenten und im Bundestag. So sehr das die parlamentarische Arbeit und die Debattenkultur ändert – wir sollten größeres Augenmerk auf die außerparlamentarische Arbeit der AfD und ihr Netzwerk legen.**

Wie wir nicht nur in Thüringen sehen, geht es der AfD nicht um ernsthafte parlamentarische Arbeit. An Debatten und Kompromissfindungen außerhalb des öffentlich einseharen Bereichs – also im alltäglichen Parlamentsbetrieb – beteiligt sie sich faktisch gar nicht. Das Parlament dient als Bühne und Ressource für die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts.

Dabei sprechen wir nicht von einem neuen gesellschaftlichen Phänomen. Auch lange vor der AfD wurden Diskussionen geführt, die die Stimmung im Land aufgeheizt haben. Man muss sich nur an die „Das-Boot-ist-voll“-Diskussionen in den Anfängen der 1990er Jahre erinnern. Oder an die Unterschriftenaktion der hessischen CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft vor der Landtagswahl 1999. Auch Häuser von Geflüchteten und Migrant\*innen brannten oder politische Gegner\*innen und Obdachlose wurden angegriffen. Erinnern wir uns nur an die Gewaltakte in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda oder an die Brandanschläge in Mölln und Solingen, wo Menschen getötet wurden. Die AfD ist nicht plötzlich entstanden, sondern hat sich aus den rassistischen Diskursen und der Stimmungsmache im Laufe der Zeit entwickelt.

### AfD als Aufheizlerin

Gestern wie heute stehen wir vor der Herausforderung, dass wir auf mehreren Ebenen gegen eine von Hass und Intoleranz geprägte Gesellschaft kämpfen. Auch heute brennen Häuser. Nach der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle der Amadeu-Antonio-Stiftung gab es 2016 116 Brandanschläge auf Gemeinschaftsunterkünfte von Geflüchteten und 595 tätliche Übergriffe auf Geflüchtete. 434 Verletzte

gingen aus den Anschlägen oder Angriffen hervor.<sup>1</sup> Extreme Rechte finanzieren ihre Strukturen mit Rechtsrock-Events, die von Jahr zu Jahr mehr Zulauf erhalten. Immer sichtbarer treten neue Gruppierungen auf, wie die Identitäre Bewegung oder der neurechte Thinktank Institut für Staatspolitik.

Die AfD spielt dabei keine unwichtige Rolle. Sie heizt die Stimmung verbal an, sorgt dafür, dass Selbstverständlichkeiten wie Humanität, Solidarität und gegenseitiger Respekt in Frage gestellt werden. Sie betreibt klar das Spiel der gesellschaftlichen Spaltung, das Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander: WIR gegen DIE. Die AfD lebt genau von dieser Spaltung, von der Entsolidarisierung der einen gesellschaftlichen Gruppe von der anderen. Und sie lebt vom Rassismus, Sexismus und all den anderen -ismen in unserer Gesellschaft, die noch allzu oft als Sorgen oder Ängste verharmlost werden. Wir erinnern uns an die von Höcke geforderte 180-Grad-Wende in der deutschen Erinnerungspolitik, Petrys geforderte Schüsse auf Geflüchtete an den Grenzen oder diverse Äußerungen von AfD'lern, in denen sie Andere wahlweise als Pest, Pack oder Ungeziefer bezeichnen.

### Wieder lauter, mutiger und sichtbarer werden

In den Parlamenten gilt es den Rechtspopulist\*innen bei sachbezogenen Diskussionen mit Argumenten entgegenzutreten, bei menschenfeindlichen, homophoben, geschichtsrelativierenden, sexistischen und rassistischen Statements mit Vehemenz und Deutlichkeit zu kontern. Eine Normalisierung des rechtspopulistischen Sprechens und ein Gesellschaftsbild, das längst überholt ist, darf nicht zugelassen werden. In den Parlamenten und in dieser Gesellschaft darf keine Normalisierung der AfD stattfinden. Demokratisch legitimiert heißt nicht, dass wir es mit Demokrat\*innen zu tun haben.

Es wäre ein falsches Signal, die AfD und ihre Narrative in das Zentrum politischer Debatten zu stellen. Sie sind nicht die Sonne, um die sich

<sup>1</sup> Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, Angaben bundesweit für das Jahr 2016: [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle), aufgerufen am 27.11.2017.



*Wer hat die reingelassen in den Thüringer Landtag?*

die Demokratinnen und Demokraten drehen müssen. Ganz im Gegenteil, die progressiven Forderungen der Demokratinnen und Demokraten müssen mutig verfolgt und auf die Agenda der Öffentlichkeit gesetzt werden. Die Deutungshoheit darf nicht den Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten überlassen und die Diskurse von ihnen bestimmt und besetzt werden, so wie es im vergangenen Bundestagswahlkampf geschehen ist.

### Zivilgesellschaft stärken

Es gibt viele zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten sowie Initiativen, die bereits in den verschiedenen Bereichen gegen Rechtspopulismus, extreme Rechte und Rassismus aktiv sind. Diesen aktiven Menschen muss der Rücken gestärkt werden. Wir brauchen einen offenen und ehrlichen Diskurs über strukturelle Diskriminierung

und institutionellen Rassismus. Wenn wir wirklich aus NSU und Co. gelernt haben sollten, bleibt diese Auseinandersetzung eine unverzichtbare gesellschaftliche Aufgabe.

Demokratie existiert nicht nur einfach so, sondern muss tagtäglich gelebt werden. Dazu müssen wir raus aus der Schockstarre. Die AfD verschwindet nicht von allein. Wir müssen ihr als Gesellschaft aktiv den Resonanzboden entziehen. Das geht nur, wenn breite Teile dieser Gesellschaft für eine solidarische, soziale und ökologische Welt jenseits von nationalstaatlichen Grenzen kämpfen.

**Madeleine Henfling** ist Abgeordnete in der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Thüringen. Dort ist sie u. a. Obfrau für den Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss und Mitglied der Enquetekommission Rassismus und Diskriminierung.



*Am 1. Mai 2017 marschierte der extrem rechte „III. Weg“ in Gera. Mehrere Hundert extreme Rechte traten zu einem großen Teil uniformiert auf. Dagegen gilt es gemeinsam anzugehen!*

# UNERTRÄGLICH

**Zwei Nazis der RECHTEN und der NPD sowie drei Rechtspopulisten der AfD versuchen zunehmend, jede demokratische Debatte im Rat mit ihrer rechten Hetze und ihren Positionen zu bestimmen. Wir GRÜNE halten beharrlich dagegen.**

Bereits im Jahr 2007 hatte die GRÜNE Ratsfraktion den Antrag gestellt, einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus zu erarbeiten. Seit 2011 gibt es diesen Aktionsplan, ausgestattet mit Bundesmitteln und kommunalen Geldern.

Seitdem sind viele Aktionen und konkrete Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Dortmund finanziert worden. Zusätzlich gibt es inzwischen eine Koordinierungsstelle der Stadt sowie Beratungsstellen für Opfer des Rechtsextremismus und für Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene. Erst vor wenigen Monaten hat der Rat die novellierte Fassung des Dortmunder Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus beschlossen.

Dass ein solcher Plan nach wie vor notwendig ist, zeigen insbesondere die Aktivitäten der Mitglieder der Partei DIE RECHTE. Sie ist die Nachfolgeorganisation der Autonomen Nationalisten und des Nationalen Widerstandes Dortmund, welcher 2012 verboten wurde.

Seit 2014 sitzen ein Vertreter dieser Partei, ein Vertreter der NPD und ebenso drei Mitglieder der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) im Rat der Stadt Dortmund. Insgesamt sind das nur fünf von 94 Mitgliedern des Rates. Über 90 Prozent der Ratsmitglieder gehören den urdemokratischen Parteien an: SPD, CDU, GRÜNE, Linke, Piraten und FDP.

## **Die AfD nähert sich den Nazis**

Und trotzdem veränderte die Wahl der Nazis und der Rechtspopulisten die Abläufe und Inhalte der Ratssitzungen. Denn sie nutzen zunehmend die Bühne der Sitzungen, um ihre rechten Positionen über alle möglichen Tagesordnungspunkte zu transportieren. Auffällig ist dabei, dass die AfD sich den Positionen der Hardcore-Nazis von NPD und RECHTEN annähert.

Der Ratsvertreter der NPD und der Vertreter der Rechten haben sich inzwischen zu einer Ratsgruppe zusammengeschlossen. Das bietet ihnen zusätzliche Möglichkeiten der Einflussnahme, vor allem bekommen sie dadurch aber eine finanzielle Unterstützung für die Organisation ihrer Arbeit. Der Versuch, dies zu verhindern, ist leider gescheitert.

Zu Beginn der Wahlperiode beschränkten sich die Aktivitäten der rechtsradikalen Ratsgruppe auf zahlreiche Anfragen. Dabei ging es vor allem um in Dortmund lebende EU-Bürger\*innen aus Bulgarien und Rumänien, aber auch um Standorte von Moscheen und Gebetsräumen von Menschen mit jüdischem und muslimischem Glauben. Dauerthema der Anfragen sind auch die Unterbringung von Flüchtlingen und deren Auswirkung. Die Nazis setzen dabei oft auf den Provokationscharakter und nutzen dies medial und innerhalb der eigenen Reihen. Das scheint der eigentliche Zweck der Anfragen zu sein.

## **Provokation und Propaganda**

Nachdem die Partei DIE RECHTE zweimal innerhalb eines Jahres ihren Ratsvertreter ausgetauscht hatte, hat sich diese Strategie verändert. Beschränkten sich Wortmeldungen vorher nur auf provokante Zurufe, findet nun eine rege Beteiligung an Diskussionen und

# ICHE HETZE



Debatten statt. Es gibt kaum einen Tagesordnungspunkt, zu dem sich der Nazi-Vertreter nicht meldet. Dabei wird jeder Inhalt genutzt, um Stimmung gegen Flüchtlinge, Zuwander\*innen, Minderheiten und politisch Andersdenkende zu machen und den Wortbeitrag für die eigene nationalistische und rassistische Weltanschauung zu nutzen.

Das führt inzwischen dazu, dass ein nicht unerheblicher Teil der Ratssitzungen von rechten Beiträgen bestimmt wird.

Flankiert wird das Ganze durch die sich ebenfalls radikalisierenden Beiträge der Mitglieder der AfD-Fraktion. Im Gegensatz zur Ratsgruppe von RECHTEN und NPD hat die AfD als Fraktion die Möglichkeit, auch konkrete Anträge zu stellen. Davon machen sie nicht nur vermehrt Gebrauch, sondern damit auch massiv Stimmung gegen ihnen missliebige politische Inhalte. So gab es in der Novembersitzung des Rates mehrere Anträge und Anfragen, die sich unter anderem gegen die Arbeit des städtischen Gleichstellungsbüros und gegen die Aktivitäten des linken Szenetreffs Nordpol richteten. Ganz offen bekommt die AfD dafür inzwischen auch den öffentlichen Applaus der Nazi-Ratsgruppe.

## Ignorieren oder mit Argumenten widerlegen

Diese veränderte Einflussnahme auf die parlamentarische Arbeit hat auch Auswirkungen auf die Reaktionen der demokratischen Fraktionen. Mehr und mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass auch vor dem Hintergrund der Teilnahme vieler Besucher\*innen an den Ratssitzungen die Positionierungen von Nazis und AfD nicht einfach unkommentiert bleiben dürfen. Die GRÜNE Ratsfraktion hat deshalb gerade in der letzten Ratssitzung gezielt inhaltlich auf die Angriffe der AfD geantwortet und sie widerlegt. Denn die bisherige Taktik, die Äußerungen durch Nichtbeantwortung

ins Leere laufen zu lassen, ist aus GRÜNER Sicht gescheitert. Gleichzeitig muss es allerdings das Ziel sein, im Rat und in den Ausschüssen nicht noch mehr Raum für rechte Inhalte zu lassen. Letztendlich geht es nicht um eine Diskussion mit Rechtspopulisten und Rechtsextremen, sondern um die klare Stellungnahme zu ihren Äußerungen im Rat. Eine Zusammenarbeit auch mit der AfD leistet aber nach wie vor keine der anderen Fraktionen.

Die Verwaltung beantwortet die Anfragen der Nazis wegen fehlender Zuständigkeit nicht oder zeitverzögert, kurz und mit Hinweis auf oft ohnehin öffentlich zugängliche Informationen.

## Fünf Euro für jede rechte Anfrage

Einen weiteren Weg beschreiten die Mitglieder der GRÜNEN Ratsfraktion. Sie reagieren mit einer privaten Spende von 5 Euro pro Anfrage der Nazis für die Beratungsstelle COME BACK. Dieses Projekt ist Teil des Westfälischen Vereins für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Es berät und hilft beim Ausstieg aus der rechten Szene.

Nachdem vor wenigen Tagen der Verfassungsgerichtshof des Landes die geplante neue 2,5-Prozent-Hürde bei der Kommunalwahl 2020 gekippt hat, könnten neben der AfD auch erneut NPD und RECHTE dem nächsten Rat angehören. Deshalb bleibt es eine Daueraufgabe, sich auch parlamentarisch mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und sowohl taktisch als auch inhaltlich die richtigen Antworten darauf zu geben.

Matthias Dudde ist Mitglied der GRÜNEN Ratsfraktion.  
Stefan Neuhaus ist Geschäftsführer der GRÜNEN Ratsfraktion.

**ICH BIN GRÜN & DIE WELT SOLL GRÜNER WERDEN!**

**BUNDESVERBAND**

**BUNDES-DELEGIERTEN-KONFERENZ**

Vertrete den Landesverband als Delegierter

**LANDESVERBAND**

**LANDES-DELEGIERTEN-KONFERENZ**

**LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN**

Vertrete den Kreisverband als Delegierter

Arbeite mit in einer Landesarbeitsgemeinschaft

Mich interessiert mehr so die große Linie.

Ja, ich möchte mich dauerhaft reinhängen.

**KREISVERBAND**

**MITGLIEDER-VERSAMMLUNG**

**VORSTAND**

**ARBEITSGEMEINSCHAFTEN**

Organisiere mit dem Kreisvorstand eine Aktion oder eine Veranstaltung

Lass dich wählen

Entwickle mit uns die grüne Programmatik auf allen Ebenen weiter.

Arbeite mit

Hast du Zeit?

Ich kenne mich auf meinem Gebiet super aus!

Bist du Generalist\*in oder Spezialist\*in?

Hast du Zeit?

Äh, kaum.

Hast du Geld?

Ja, ein wenig.

Ja, nicht wenig.

Leider kaum

Hast du Zeit?

Klar. Was liegt an?

Nur wenig.

**ICH BIN EIN NEUES MITGLIED**

**ICH BIN SCHON LÄNGER MITGLIED, WAR ABER BISHER WENIGER AKTIV.**

**ICH BIN SCHON LÄNGER MITGLIED, WILL MICH ABER UMORIENTIEREN.**

Ich möchte mein Umfeld mitgestalten







# WIE WIR MIT DER AfD IM

**Die Landtagswahl am 14. Mai 2017 stellt eine Zäsur für den Landtag NRW dar. Erstmals seit seinem Bestehen zog mit der AfD eine offen rassistische, antiemanzipatorische und reaktionäre Partei in den Landtag ein.**

Inzwischen sitzt die AfD in 14 von 16 Landtagen, im Bundestag, im Europaparlament und in zahlreichen Stadträten und Kreistagen. Auch wenn es bereits vor der AfD immer wieder rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien gab, die zumindest zeitweise regionale politische Erfolge erzielen konnten, stehen wir heute vor einer neuen Herausforderung für die parlamentarische Demokratie.

Nachdem über viele Jahre rassistische Positionen breit in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, wie etwa die Aufmerksamkeit für das Buch von Thilo Sarrazin gezeigt hatte, formierte sich mit dem Aufkommen der sogenannten Pegida-Demonstrationen eine rechtspopulistische Protestbewegung. Die AfD stellt dessen parlamentarischen

Arm dar. So hat der AfD-Spitzenkandidat bei der NRW-Landtagswahl, der inzwischen aus der AfD-Landtagsfraktion ausgetretene Marcus Pretzell, die AfD als „Pegida-Partei“ bezeichnet. Er war auch der erste AfD-Politiker, der einen Schießbefehl an den Grenzen forderte. Die demokratischen Fraktionen stehen nun vor der Aufgabe, sich auch im Parlament mit den rechtspopulistischen Positionen der AfD auseinanderzusetzen.

## **Scharf an der Grenze zum Völkischen**

Mit dem Einzug der AfD ist auch in den Parlamentsdebatten eine deutliche Diskursverschiebung nach rechts erfolgt. Gleich mit ihrem ersten Antrag forderte die AfD die Einführung der sogenannten Extremismusklausel, also der Verpflichtung von Projektträgern, nicht mit verfassungsfeindlichen Kooperationspartnern zusammenzuarbeiten. Diese Klausel wurde zu Recht auf Bundesebene wieder abgeschafft, weil

sie ein Misstrauen gegenüber den vielen Projektträgern ausdrückte, die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen. Mit anderen parlamentarischen Initiativen will die AfD die Gesichtsverschleierung verbieten oder den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte aufheben. Ein Blick auf die inzwischen über 140 Kleinen Anfragen von Abgeordneten der AfD-Fraktion zeigt: Sie bleiben ihren thematischen Schwerpunkten Migration/Flucht, Islam, innere Sicherheit und Angriffe gegen linke Gruppen und Parteien treu. Dabei stellen sie Menschen mit Migrationsgeschichte und/oder Fluchterfahrung als Gefahr dar. In Plenardebatten unterlegen sie ihre reaktionären und menschenverachtenden Positionen immer wieder auch mit einer äußerst problematischen Rhetorik, die scharf an der Grenze zum Völkischen steht.



# LANDTAG NRW UMGEHEN

Vor diesem Hintergrund stellt sich für die demokratischen Fraktionen nicht nur die Frage nach der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Positionen der AfD, sondern auch, ob es Gremien gibt, in denen die AfD nicht vertreten sein sollte. Bisher ist die AfD mit Ausnahme des Präsidiums in allen Gremien des Landtags vertreten. Zwar ist die AfD keine Partei wie jede andere, aber sie ist gewählt, und insofern können und dürfen ihr parlamentarische Rechte nicht verwehrt werden.

## **Zusammenstehen der Demokrat\*innen gegen Menschenverachtung**

Die Strategie im Umgang mit der AfD im Landesparlament muss also von drei Eckpunkten ausgehen: Erstens der

Auseinandersetzung mit ihren Inhalten. Zweitens dem Problembewusstsein bei den demokratischen Abgeordneten für die Folgen der parlamentarischen Initiativen der AfD, insbesondere für besonders vulnerable Personengruppen. Und drittens dem gemeinsamen Vorgehen der demokratischen Fraktionen gegen rechtspopulistische, rassistische und menschenverachtende Positionen der AfD.

Bisher ist es im Landtag NRW gelungen einen Umgang mit der AfD zu finden, der sie nicht vollständig ausgrenzt und damit ihre Opferrollenrhetorik stützt, ihr aber auch nicht zu viel Raum gibt für ihre menschenverachtenden Positionen. Für die Frage, ob die AfD in fünf Jahren wieder in den Landtag einzieht, ist es

aber entscheidend, gesamtgesellschaftlich die Auseinandersetzung über rassistische Einstellungen zu führen und deutlich zu machen, dass die Umsetzung der AfD-Programmatik zu einer Verschlechterung unserer Lebensbedingungen – zum Beispiel in der Sozialpolitik, bei Minderheitenrechten und den Klimaschutz – führen würde.

Verena Schäffer ist parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Innen- und Rechtspolitik der GRÜNEN im Landtag.



# ZUKUNFT IST, WAS WIR DRAUS MACHEN!

**Das Motto der Bundesdelegiertenkonferenz ließ es nicht erahnen: Die BDK am 25. November fand unter völlig anderen Vorzeichen statt als bei der Terminierung erwartet.**

Geplant war die Auswertung der Sondierungsgespräche mit CDU, CSU und FDP, die mit der Formulierung von möglichen Kompromisslinien enden sollten. Doch der unerwartete Ausstieg der FDP aus den Verhandlungen eine Woche zuvor veränderte die Situation grundlegend. Eine Abstimmung über mögliche Koalitionsverhandlungen, die zur Zerreißprobe hätte werden können, stand daher nicht mehr an. Ausreichend Diskussionsbedarf gab es natürlich trotzdem.

Während bei Einzelnen eine Erleichterung über das Ende der Jamaika-Sondierungen zwischen den Zeilen zu hören war, überwiegte doch ein Gefühl der Enttäuschung: Nach einem kräftezehrenden Wahlkampf hatte das 14-köpfige Sondierungsteam, dem vom Parteivorstand bis zur Basis zahlreiche Mitglieder ihren Dank und ihren Respekt für die Arbeit in den letzten vier Wochen ausdrückten, zähe Verhandlungen mit CDU, CSU und FDP geführt. Dabei versuchten sie, nachdem die SPD sich von der Regierungsverantwortung freiwillig verabschiedet hatte und mit der AFD eine rechtspopulistische und rassistische Partei in den Bundestag eingezogen war, einen Spagat zwischen der Verantwortung für das Land und der Verpflichtung gegenüber den eigenen Wahlkampfversprechen.

In den Redebeiträgen standen sowohl die Auswertung der gescheiterten Sondierungsgespräche als auch der Blick nach vorn im Mittelpunkt. Betont wurde die Geschlossenheit der Partei und der Sondierenden. Claudia Roth brachte es auf den Punkt: „Die Sondierungen sind gescheitert, aber unsere Partei geht erstarkt und gefestigt daraus hervor.“ Toni Hofreiter ging der Begriff der Geschlossenheit nicht weit genug. Die Sondierungen haben ihm gezeigt, dass die Pluralität bis in die Führungsriege von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Stärke der Partei ist. In vielen Redebeiträgen war die Hoffnung herauszuhören, dass das Vertrauen zwischen den Strömungen innerhalb der Partei größer geworden ist und uns dies in Zukunft stärkt.

Dass in Zukunft starke GRÜNE gebraucht werden, war klar: Die überwiegende Mehrheit ging fest davon aus, dass sich in den nächsten Wochen eine große Koalition formieren würde. Dies

bedeutet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: kleinste Oppositionsfraktion in einem Sechs-Fraktionen-Parlament.

Aber: Nach vier Wochen Sondierungsgesprächen kann und muss nun noch deutlicher gemacht werden, wo die politischen Gegner von CDU, CSU und FDP in zentralen Fragen der kommenden Jahre und Jahrzehnte stehen. Die Distanzen sind auch zur Union – anders als in der Presse manchmal dargestellt – in vielen Fragen, z. B. der sozialen Gerechtigkeit, riesig. Toni Hofreiter redete sich in gewohnter Weise in Rage: „Wenn ich noch einmal höre, alle Parteien in Deutschland wären für Klimaschutz, dann weiß ich nicht, ob ich nicht meine gute Kinderstube vergesse. Es ist schlichtweg nicht die Wahrheit.“ Gastredner Hans-Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, ergänzte: „Warum bin ich hier? Weil sich diese Partei offenbar als einzige den Luxus erlaubt, sich an der wissenschaftlichen Wahrheit zu orientieren.“

Deutliche Kritik ging auch in Richtung FDP. Sie überholte die CSU rechts bei EU-Themen und Asyl-Fragen und machte deutlich: Ihre Reise geht in Richtung Nationalliberalismus. Sie muss in Zukunft konsequent bekämpft werden. Sven Giegold, GRÜNER Abgeordneter im EU-Parlament, sprach zugespitzt von der „AFDP“.

Cem Özdemir betonte in seiner politischen Rede: Gründe für den Ausstieg aus den Sondierungsgesprächen waren bei der FDP nicht inhaltlicher Art, sondern ein taktisches Manöver. Für ihn war jedoch klar: „Erst das Land, dann die Partei“.

Es blieb der entschlossene Blick in die Zukunft für die GRÜNEN, die sich nach den letzten Wochen als letzte progressive Kraft im deutschen Parteiensystem verstehen. Toni Hofreiter wagte in Zeiten, in denen nichts vorhersehbar erscheint, mit einem festen Vorhaben einen Blick nach vorn: „Lasst uns diese ganze Kraft nutzen, dass wenn's in vier Jahren Wahlen gibt, dass wir dann so stark sind, dass keiner mehr an uns vorbei kommt.“

**Julian Jansen vertrat die Dortmunder GRÜNEN zusammen mit Katja Bender, Tabea Reichert und Raphael Frebel bei der Bundesdelegiertenkonferenz.**

# Danke

*an alle, die mitgemacht haben!*





## ORGANISIERTE VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT - EINE POLEMIK

### Liebe Dortmunder Leserin, lieber Dortmunder Leser

als GRÜNER Bundestagsabgeordneter, der seit 2002 Mitglied des Parlaments ist, habe ich schon einiges erlebt: Vom als „Hartz 4“ bekannt gewordenen Gesetz (dem ich nicht zugestimmt habe) über vorgezogene Neuwahlen 2005, dem Ausstieg aus dem Atomausstieg bis hin zu „Bankenrettungspaketen“ mit schwindelerregenden Milliardensummen. In all diesen turbulenten Zeiten war aber immer eines klar: Es gab im Deutschen Bundestag stets eine Mehrheit von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die regieren wollten. Heute erleben wir zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die bizarre Situation, dass eine Mehrheit derjenigen, die sich erfolgreich um ein Mandat beworben haben, eigentlich gar nicht vorhat, dieses Mandat zur Politikgestaltung zu nutzen.

Bereits vor der Wahl stand ja fest, dass sowohl die Partei „Die Linke“ als auch die AfD erklärtermaßen nicht für eine Regierung zur Verfügung stehen. „Die Linke“ macht es sich ja seit ihrer Gründung im Oppositionsnest gemütlich und verhindert mit Maximalpositionen, die theatralisch und in martialischer Frontkämpfer-Rhetorik als „rote Haltelinien“ aufgeblasen werden, eine ernsthafte Kompromissfindung für eine rot-rot-grüne Perspektive. Stattdessen streitet sich der Laden der so genannten „Linken“ wenig gediegen darum, ob es nicht doch eine Prise Ausländerfeindlichkeit und verkappter Rassismus mehr sein darf, um sich dem Teil der Wählerschaft geschmeidiger anzubieten, den die Propaganda des Freibiersozialismus nicht mehr alleine zur Stimmabgabe bewegen mag.

Einer der schärfsten Konkurrenten der Partei „Die Linke“, die selbsternannte „Alternative für Deutschland“, macht nämlich gerade in Ostdeutschland ausgerechnet der „Linken“ die Rolle des Lautsprechers der zu-kurz-Gekommenen streitig. Tatsächliche Programminhalte scheinen für AfD-Wähler, die sich als benachteiligt und gefährdet wahrnehmen, ebenso wenig eine Rolle zu spielen wie das personelle Angebot der AfD, das Robert Misik in der taz treffend beschrieben hat: „Die AfD – an der Spitze schwer zerstritten, angeführt von talentlosen Narren, die sich gegenseitig regelmäßig zu erwürgen versuchen. (...) Sie haben gewonnen, ohne eine zentrale Identifikationsfigur zu haben, ja ohne überhaupt ein irgendwie – und sei es in ihrem Sinne – brauchbares Personal zu haben.“

### Das ist neu: Eine Mehrheit im Bundestag will nicht selbst regieren

So weit, so erwartbar. Dann aber kommt es schon dicker: Dass die SPD nach dem schlechtesten Wahlergebnis ihrer Geschichte quasi mit Schließung der Wahllokale den Gang in die Opposition verkündet, mag noch dem wuchtigen Frust des Augenblicks geschuldet sein. Dass aber der gescheiterte Martin Schulz in pausbäckigem Trotz die Tür zu einer Regierungsbeteiligung nicht nur verschließt, sondern danach auch noch vernagelt, dürfte der SPD für lange Zeit schaden – egal ob es doch noch zur (gar nicht mehr so großen) GroKo kommt oder nicht. Jedenfalls dürfte die Grundierung des politischen Lebensgefühls für viele Sozialdemokraten sein, dass man doch nur zur Regierung gezwungen sei und „eigentlich“ etwas ganz anderes will.

Eine überzeugende Erzählung, die gerade für den Fall der Übernahme von Regierungsverantwortung die Niederlagen ebenso wenig ausspart wie eigene Profilbildung, entsteht daraus nicht. Auch als Ruhrgebietsgrünen lässt mich nicht kalt, wie die SPD den gleichen Weg zu gehen droht wie ihre Schwesterparteien in den Nachbarländern – in die weitgehende Bedeutungslosigkeit.

Bleibt noch die FDP, die sich angesichts der Oppositionssehnsucht der vorgenannten Parteien plötzlich in einer strategischen Lage wiederfindet, die sie unbedingt hatte vermeiden wollen. Dem FDP-Spitzenkandidaten Christian Lindner ging und geht es vor allem um ein zentrales, alles andere überragendes Ziel: Christian Lindner noch weiter zu überhöhen. Zu diesem Zweck sollte sein ihm unterworfenen Instrument, eine Partei namens FDP, nach der Rückkehr in den Bundestag erst einmal vier Jahre rechtspopulistische Opposition gegen eine neue GroKo machen, um dann als Sammelbecken für politikverdrossenen Unmut und diffuse Ressentiments dienen zu können. Man darf getrost vermuten, dass die Herrn Lindner nachgesagten Vorbilder Sebastian Kurz und Donald Trump durchaus bei diesem den Stoff für dunkle Machtträume liefern. Dass die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und GRÜNEN so endeten, wie sie endeten, hat nahezu ausschließlich mit der seit langem feststehenden Karriereplanung von Christian Lindner zu tun und der Bereitschaft seiner Organisation, alles auf seine Person auszurichten und sich ihm als Heilsbringer in einer geradezu debilen Ergebnisheit zu unterwerfen. Letzteres bedauere ich mit Blick auf so manche Kollegen von der FDP, mit denen man einen respektvollen Umgang pflegen konnte (und umgekehrt!), außerordentlich.

So geschah Außerordentliches: In der Nacht vom 19. auf den 20. November fanden sich plötzlich zwei Fraktionen, die größte und die kleinste, als Einzige an einem Verhandlungstisch wieder, an dem es nichts mehr zu verhandeln gab. Und dies, obwohl zuvor Wochen gerungen worden war und eine Einigung, wie sogar Horst Seehofer (!) sagte, „zum Greifen nahe war“.

### Wer zeitlebens ein Saubermann bleiben will, muss Bademeister werden, nicht Politiker

An dieser Stelle gebietet es die GRÜNE Chronistenpflicht, klar zu gestehen, dass eine Einigung viele – für manches Parteimitglied

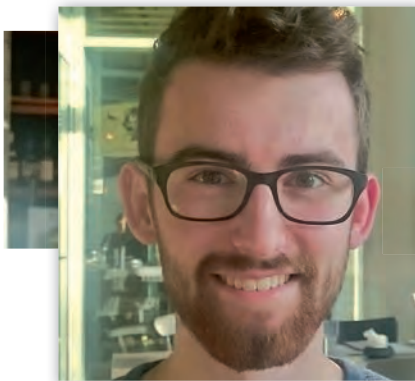
deutlich zu viele – Zugeständnisse bedeutet hätte. Im Bereich „Verkehr“ hätten BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN wenig erreicht und in der Flüchtlingspolitik wichtige Positionen aufgeweicht, was schon in den Sondierungsverhandlungen manchem und mancher Beteiligten die Tränen in die Augen getrieben hat. Aber die alte Binse, dass einem im Leben nichts geschenkt wird, gilt auch in der Politik. Wer zeitlebens ein Saubermann bleiben will, muss Bademeister werden, nicht Politiker. So. Manchmal muss man auch austeilen dürfen – vor allem nach diesen aufreibenden Wochen mit einem irgendwie verstörenden Ergebnis und einer Perspektive auf vier Jahre in der grausamen Ödnis einer Koalition aus Union und SPD. (Allerdings entschuldige ich

mich bereits an dieser Stelle bei allen Bademeistern für den unpassenden Vergleich.) Ich verzichte bewusst darauf, in meinem Brief aus Berlin all die möglichen Sondierungserfolge und Niederlagen aus GRÜNER Sicht darzustellen. Das lässt sich einfacher, schön geordnet (sowie ganz und gar unpolemisch) im Internet nachlesen unter [www.gruene.de](http://www.gruene.de) oder für den Bereich „Arbeitsmarkt, Rente, Gesundheit, Pflege“ unter [www.markus-kurth.de](http://www.markus-kurth.de).

Mit unverzagten und freundlichen Grüßen

Ihr Markus Kurth

Markus Kurth ist unser GRÜNER Abgeordneter im Deutschen Bundestag.



## MICHAEL RÖLS

20 Jahre, war zwei Jahre im Landesvorstand der GRÜNEN Jugend – und lebt nun in Dortmund.

**Michael, du bist seit zwei Monaten in Dortmund. Was führt dich hierher?**  
Ich studiere Raumplanung.

**Du kommst frisch vom Abi?**

Nicht ganz. Ich habe ein politisches Jahr gemacht.

?

Ja. Ich wollte schon immer Politik machen. Mit zwölf habe ich eine Amnesty-Gruppe an meiner Schule in Aachen gegründet. Mit 14 bin ich ins Parteibüro gerannt und wollte Mitglied werden. Da war jemand (heute weiß ich, es war Rainer Priggen), der schaute in Bücher, forschte lange nach, ob das überhaupt geht. Und meinte dann: Gehe besser zur GRÜNEN Jugend. Das hatte ich mich dann doch nicht getraut, da erwartete ich nur so Maschinenbau-Studenten, die viel Bier trinken. Mit 16 bin ich dann wieder hin, und es war genau so, Maschinenbau und Bier. Aber es war ein Monat vor der Wahl und ich ging dann jedes Wochenende zum Wahlkampfstand. Nach der Wahl habe ich dann als einer der wenigen weiter gemacht.

Gleich wieder so was wie Schule, das wollte ich nicht, ein freiwilliges soziales Jahr oder so auch nicht. Und weil es ein freiwilliges politisches Jahr nicht gab, habe ich mir das selbst organisiert. Ich war in Aachen im Kreisverband, habe Online-Wahlkampf gemacht. Ich war drei Monate im Landtag bei Karin Schmitt-Promny und dann noch im Bundestag im Büro von Oliver Krischer. Der hat mich überall mit hin genommen, ich war im Rechtsausschuss, als das mit der Ehe für alle kam. Und auf einmal konnte ich sehen, wie wann welche Themen in die Medien

kommen. Im Landtag waren die GRÜNEN noch in der Regierung, im Bundestag in der Opposition – die vielen Gespräche mit den anderen Parteien, mit Verbänden: Ich habe nach diesem Jahr ein ganz anderes Verständnis von der Politik bekommen.

**Und warum studierst du jetzt Raumplanung?**

Hm, Züge, Containerschiffe, Logistik – ich habe mich phasenweise für ganz viele verschiedene Dinge interessiert, und ich fragte mich, wie bringe ich das zusammen? Politik ist bestimmt meine Leidenschaft, aber man weiß nie, wie sieht es morgen aus. Ich möchte einen Job haben, mit dem ich was verbessern kann. Raumplanung vereint da ganz viel, hat auch mit Nachhaltigkeit zu tun. Irgendwann kann man die Ergebnisse bewundern in der Stadt, in der man lebt. Das stelle ich mir toll vor.

**Und gleich mit dem Studienbeginn bist du auch im Kreisverband aufgeschlagen?**

Ja, ich finde die politische Heimat gehört dazu, sich irgendwo ganz zu Hause zu fühlen. Ich mag es, mit grundsätzlich Gleichgesinnten zu diskutieren. Ich war ja auch zwei Jahre im Landesvorstand der GRÜNEN Jugend, aber da habe ich jetzt aufgehört. Ich will erst mal ganz in Dortmund ankommen.

**Und, gefällt dir Dortmund?**

Also Aachen hat die perfekte Größe, man kann von jeder Party noch zu Fuß nach Hause gehen. Die größtmögliche Stadt, die man noch Provinz nennen kann. Der Kreisverband der GRÜNEN hat dort auch mehr Mitglieder. Aber hier in Dortmund gibt es eine viel bessere Diskussionskultur. Hier gibt es nicht nur die Gründergeneration, die alles dominiert, hier dürfen auch mehrere Meinungen nebeneinander stehen. Nach der ersten Mitgliederversammlung in Dortmund war ich total happy, weil ich meine Meinung so offen formulieren konnte. In Aachen hätte ich das viel softer formuliert. Ich werde hier in meinen Positionen respektiert. Das finde ich sehr gut.

Das Interview führte Jens Woelki.

# FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST, POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund**

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: [info@gruene-dortmund.de](mailto:info@gruene-dortmund.de) · Internet: [www.gruene-dortmund.de](http://www.gruene-dortmund.de)

[www.facebook.com/gruenedortmund](http://www.facebook.com/gruenedortmund)

**Öffnungszeiten:** montags bis freitags von 10.30 bis 15.30 Uhr  
donnerstags von 10.30 bis 19.00 Uhr

**Kreisgeschäftsführer:** Peter Köhler

**Büromanagement:** Veronika Edler

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund**

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax: 0231/50 220 94

E-Mail: [fraktion@gruene-do.de](mailto:fraktion@gruene-do.de) · Internet: [www.gruene-do.de](http://www.gruene-do.de)

**Ansprechpartner\*innen im Büro:**

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Finanzen, Wirtschaft und Kultur

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Bürgerdienste, Schule, Kinder und Jugend

Manuela Meyer Büromanagement

## **GRÜNE Jugend Dortmund**

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: [info@gjdo.de](mailto:info@gjdo.de) · Internet: [www.gjdo.de](http://www.gjdo.de)

## TERMINE

Alle Termine im Büro des Kreisverbands, Königswall 8, immer 19 Uhr (sofern nichts anderes angegeben)

Mi	10. Januar 2018	-> Gesprächsrunde „Urbane Landwirtschaft“
Do	11. Januar 2018	-> <b>Mitgliederversammlung</b>
Mi	24. Januar 2018	-> <b>Ü60-Treffen</b>
Mo	29. Januar 2018	-> Ratschlag der Ratsfraktion „Wohnungssituation“ im Rathaus, Friedensplatz 1
Mi	31. Januar 2018	-> AG Landespolitik „Hochschulpolitik“
So	04. Februar 2018	-> <b>Neujahrsempfang</b>
Di	06. Februar 2018	-> AG Bundespolitik zu aktuellen Themen
Mi	21. Februar 2018	-> AG Kommunalpolitik zu „Drogenpolitik in Dortmund“
Sa	03. März 2018	11 Uhr -> <b>Jahreshauptversammlung</b>

**IMPRESSUM:** GRINDO ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Dortmund · Königswall 8 · 44137 Dortmund (Herausgeber) Tel. 0231 - 12 11 71 · [info@gruene-dortmund.de](mailto:info@gruene-dortmund.de)

**V. I. S. D. P.:** Katja Bender (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

**FOTOS:** Gerd Schmedes (Titel, Hintergrund 13, 16) • BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Thüringen (4, 5) • GRÜNE Dortmund (12, 13 alle) • Bundesarchiv, Bild 183-S93850 / Köhler, Gustav / CC-BY-SA 3.0 (14) • Jens Woelki (2, 3, 15)

**REDAKTION:** Jens Woelki

**LAYOUT, GRAFIKEN:** Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

**DRUCK:** Brasse & Nolte, Dortmund, Dezember 2017

**AUFLAGE:** 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

